



EIDGENÖSSISCHES VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE L'ÉCONOMIE PUBLIQUE
 DIPARTIMENTO FEDERALE DELL'ECONOMIA PUBBLICA
 DEPARTAMENT FEDERAL DA L'ECONOMIA PUBLICA

354

250.6

Kenntnis genommen:
 Pris connaissance: 44

Bern, 17. September 1991

23.9.91

An den Bundesrat

Informationsnotiz

Dreiertreffen der Wirtschaftsminister vom 13./14. September in Salzburg

Zum diesjährigen Dreiertreffen der Wirtschaftsminister kamen Minister Möllemann (M) und der Unterzeichnete auf Einladung von Bundeswirtschaftsminister Schüssel in Salzburg zusammen. Der eintägigen Aussprache folgte ein Treffen mit den Ministern Dlouhy (Minister für wirtschaftliche Angelegenheiten CSFR), Ledworowski (Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem Ausland Polen) und Kadar (Minister für internationale Wirtschaftsbeziehungen Ungarn).

1. Dreiertreffen

Haupttraktanden des Dreiertreffens waren die Wirtschaftslage in den drei Ländern, die EWR-Verhandlungen, die Verhandlungen mit den mittelosteuropäischen Ländern und die Uruguay-Runde.

1.1. Wirtschaftslage

Die **Wirtschaftslage Oesterreichs** wird als ausserordentlich gut bezeichnet. Der Auftragseingang in jüngster Zeit deutet allerdings einen gewissen Rückgang an. Die Hoffnung liegt wie in Deutschland und der Schweiz auf einem Anziehen der internationalen Konjunktur. Im Aussenhandel war und ist die Bundesrepublik der Wachstumsmotor, der gegenwärtig noch die drastischen Exportrückgänge namentlich nach Mittel- und Osteuropa kompensiert. Ein Hauptproblem stellt die Schuldenlast des Staates dar, die ein fortgesetzt restriktives Budget verlangt. Wichtige Projekte für die nächste Zukunft bilden die Anpassung der Gesetzgebung an die EG, die Privatisierung der Unternehmen der Austrian Industries, die immer noch doppelt so gross ist wie die 14 nächsten grössten Unternehmen Oesterreichs zusammengekommen, sowie die Privatisierung der im Staatsbesitz befindlichen Grossbanken. Mit Sorge

blickt man auf die drohenden Zahlungsprobleme der ost- und mitteleuropäischen Länder und namentlich der UdSSR. Die österreichischen Guthaben betragen insgesamt 190 Mia. Schilling.

In der **Bundesrepublik** ist die Lage in den alten Bundesländern sehr gut, während für die neuen Bundesländer fraglich bleibt, ob der Tiefpunkt schon durchschritten ist. Die Probleme in den neuen Bundesländern sind grösser und ihre Behebung dauert länger als erwartet. Insbesondere die tiefe Produktivitätsrate von einem Drittel im Vergleich zur Bundesrepublik hat überrascht. Die Arbeitslosenzahl wird von jetzt 1 Mio. bis Ende Jahr auf 1,5 Mio. ansteigen. Dazu kommen 1,4 Mio. Kurzarbeiter. Die Transferzahlungen des Bundes belaufen sich in diesem Jahr auf 145 Mia. DM. Gleiche Beträge werden auch in den nächsten zwei Jahren noch nötig sein. Unter den Auslandsinvestoren nimmt die Schweiz nach deutschen Statistiken mit 21 von 115 Unternehmen den ersten Rang vor den USA und Oesterreich (mit 10 Unternehmen) ein. Nicht mitgezählt sind die Investitionen schweizerischer Firmen über ihre Tochterunternehmen in der Bundesrepublik, welche die Gesamtzahl auf gegen 100 bringen.

Das Beschäftigungswachstum vermochte bis jetzt den Zustrom von Aus- und Uebersiedlern zu absorbieren. Die Definition der Deutschstämmigkeit, welche zur Niederlassung berechtigt, steht aber erst noch bevor. Erschwert wird die Debatte durch den Zustrom von Wirtschaftsflüchtlings, die mehr und mehr in Turnhallen und Notunterkünften untergebracht werden müssen und deshalb in der Bevölkerung zunehmend Widerstand wecken.

Die Investitionsförderungsmassnahmen in den neuen Bundesländern sind auf Verlangen der EG bis Ende 92 befristet. Ende 91 ist eine Bestandesaufnahme zu machen, von der eine allfällige Verlängerung abhängt. Allerdings wird dabei auch ins Gewicht fallen, dass die Anträge bereits heute über den vorgesehenen Finanzrahmen hinausgehen.

Um potentiellen Investoren beizustehen, wird eine besondere Stelle in Berlin eingerichtet werden (anscheinend eine Art Ombudsmann gegenüber der Treuhandstelle und den Behörden). M. verspricht, seine Kollegen über den neuesten Stand der Fördermassnahmen zuhanden der Investoren in ihren Ländern zu dokumentieren.

1.2. EWR

Für die **EWR-Verhandlungen** unternimmt die EG gegenwärtig intern Anstrengungen, um dem Rat am 30. September ein mit den Mitgliedstaaten bereinigtes Paket vorzulegen, damit

allenfalls noch mit der EFTA verbleibende offene Fragen im Oktober gelöst werden können. Einigkeit besteht darüber, dass die verbleibenden Probleme von beschränkter Tragweite sind und deshalb eigentlich die Verhandlungen nicht zum Scheitern bringen sollten. Der Unterzeichnete weist auf die neben Fisch und Fonds noch offenen Fragen hin, die für uns von Bedeutung sind (gleiche Rechte für den Erlass umweltschutzrelevanter Vorschriften, Textilien, Komitologie). M. warnt davor, die Forderungen nach einer substantiellen Alimentierung des Kohäsionsfonds zu leicht zu nehmen. Für die EG war der Kohäsionsbeitrag immer ein unerlässlicher Bestandteil des EWR.

1.3. Drittlandbeziehungen

Die Freihandelsabkommensverhandlungen der EFTA mit den **mitteleuropäischen Ländern** erweisen sich als schwierig. Mit Ungarn ist man zwar in der Aushandlung der Texte recht weit fortgeschritten, die Ungarn wollen sich aber nicht über ihre GATT-Pflichten hinaus rechtlich binden. Ein Inkrafttreten erscheint deshalb in Anbetracht der für die Ratifikation nötigen Fristen erst im ersten oder zweiten Quartal 1992 möglich. Für die EG ist dagegen eine Inkraftsetzung auf 1. Januar 1992 noch denkbar, wenn die Frage des Marktzugangs für Landwirtschaftsprodukte und Textilien gelöst werden kann.

Der Wunsch **Israels**, am EWR teilnehmen zu können, ist in der EG noch nicht diskutiert worden und man scheint wenig Dringlichkeit dafür zu sehen. Israel eine Integration in Westeuropa als Ersatz für seine fehlende Integration in der Region anzubieten, ist wohl wenig realistisch. Zudem sind die Araber nach dem Golfkrieg eher versöhnlicher gestimmt.

In Deutschland liegt das Begehren auf dem Tisch, eine Anti-Boykottgesetzgebung nach dem Muster der USA und anderer Länder einzuführen. M. sieht allerdings nur eine Lösung für die gesamte EG als realistisch an.

Beim kürzlichen Besuch des Gorbatschow-Beraters Jakowlew in Bonn war eine im Umgang mit den **Sowjets** völlig ungewohnte Verunsicherung zu spüren. M. schliesst indessen trotzdem nicht aus, dass die Union gewisse Wirtschaftskompetenzen behalten wird. Dringend ist das Problem der Liquidität. Nach deutscher Ansicht ist deshalb eine Aktion der OECD-Länder unausweichlich, welche kurzfristige Liquiditätshilfen (die für Deutschland z.B. in der Form vorzeitiger Auszahlungen versprochener Kredite bestehen könnte) und eine Umschuldung umfassen sollte. Oesterreichischen Wirtschaftsvertretern ist in Moskau diese

Woche erklärt worden, dass die Republiken möglicherweise 50% der Auslandsschulden der Union übernehmen würden, wenn die Gläubiger auf die übrigen 50% verzichteten.

Es ist schwer zu sehen, was für **Jugoslawien** noch getan werden kann. In der EG sind Frankreich, Spanien und Irland gegen eine Anerkennung einzelner Republiken. Erwogen wird, ob das Kooperationsabkommen zu kündigen ist und die Europäische Investitionsbank in einzelnen Republiken tätig werden soll. Die Hermes (ERG) ist für kurzfristige Kredite für Slowenien und Kroatien erhältlich. In Oesterreich sind sich die Parteien über eine Anerkennung uneinig. Die ÖVP tritt für einen sofortigen Beschluss ein, während die SPÖ eine Anerkennung nur zusammen mit einer grösseren Zahl anderer europäischer Staaten als sinnvoll ansieht.

1.4. GATT

Für die **Uruguay-Runde** liegt der Auslöser gegenwärtig bei der EG. M. kündigt einen deutschen Versuch an, mit Frankreich die Agrardiskussion zu deblockieren. Er illustriert die unsinnigen Ergebnisse der EG-Agrarpolitik damit, dass gemeinschaftliche und nationale Subventionen zusammengerechnet für Deutschland einen Gesamtbetrag von 22 Mia. ergeben, was die Wertschöpfung der Landwirtschaft um 2 Mia. übersteigt. Die sektoriellen Probleme Frankreichs in der Auto-, der Rüstungsindustrie und der Landwirtschaft erklären die protektionistische Haltung.

M. wird nächste Woche versuchen, im Kabinett einen Zweistufenplan für das Landwirtschaftskapitel der Uruguay-Runde durchzubringen. Innerhalb von 5 Jahren sollten die Liberalisierungsprozentsätze des Hellström-Vorschlages, der im Dezember letzten Jahres gescheitert ist, realisiert werden. In fünf Jahren ist eine weitere Verhandlungsrunde vorzusehen. Wenn das Kabinett diese Idee gutheisst, wird Kohl sie am 18. September mit Mitterrand besprechen.

Anschliessend wird der Handelsministerrat am 11. Oktober sich mit der Frage befassen. Kürzliche Gespräche von M. mit Hills haben diesem den Eindruck einer etwas flexibleren amerikanischen Haltung gegeben.

Damit könnte der Weg frei werden für einen Abschluss der Uruguay-Runde, der übereinstimmend als ausserordentlich wichtig erachtet wird, für dessen Chancen aber doch eine beträchtliche Skepsis nicht zu unterdrücken ist.

2. Sechsertreffen

Am anschliessenden **Sechsertreffen** geben die Minister von Polen, der CFSR und Ungarns ein verhältnismässig positives Bild der makroökonomischen Daten ihrer **Wirtschaft**. Die Tendenzen der Inflationsraten, der Staatshaushaltergebnisse und der Zahlungsbilanz zeigen Verbesserungen an. Selbst die Arbeitslosigkeit ist im Durchschnitt nicht alarmierend, doch sind regionale und sektorielle Konzentrationen besorgniserregend. Die Strukturanpassung steht aber erst noch bevor und wird gewaltige Anstrengungen und Mittel benötigen. Die interne Verschuldung, d.h. die Schulden der Unternehmen untereinander, macht z.B. in der CFSR gegen 20% des BIP aus und blockiert die Entwicklung. Die drei Minister unterstreichen die Probleme, die ihren Ländern aus der Halbierung des Sowjethandels entstehen. Sie rechnen damit, diesen mit den Republiken neu aufbauen zu müssen und sind besorgt darüber, dass dies zu lange dauern wird und Kreditmittel erfordert, über die sie nicht verfügen.

Möglichst umfassende **Assoziationsabkommen** mit der EG und **Freihandelsabkommen** mit der EFTA sind für sie wichtig, um die Westorientierung ihrer Wirtschaft zu unterstützen, innenpolitisch den marktwirtschaftlichen Kurs ihrer Regierungen abzusichern und ausländische Investoren und Banken zu einem grösseren Engagement zu ermutigen. Die Liberalisierung des Landwirtschaftshandels in den Assoziations- und Freihandelsabkommen wird als innenpolitische Notwendigkeit dargestellt. Ein Andauern der landwirtschaftlichen Ueberschüsse werde keine Regierung überstehen. Die Finanzierung von Exporten nach der UdSSR ist erwünscht, kann aber die Steigerung der Exporte nach dem Westen nicht ersetzen. M. gibt sich zuversichtlich, dass die Blockierung der Assoziationsverhandlungen wegen der Agrarfrage ein unnötiger Zwischenfall war. Im Oktober sollte eine Lösung gefunden werden. Die drei Minister legen dar, dass eine volle die Liberalisierung des Agrarhandels nicht Bestandteil des westeuropäischen Freihandelssystems ist und deshalb auch gegenüber den Ostländern nicht eingeführt werden kann. Marktzugangsverbesserungen sind dagegen möglich und sind schrittweise einzuführen unter Berücksichtigung möglicher Ergebnisse der Uruguay-Runde.

Neben der Gewährung des Marktzugangs ist **westliche Hilfe** in verschiedener Form nötig. Genannt werden u.a. Zahlungsbilanzhilfe, Hilfe zur Sanierung der Umwelt und zur Modernisierung der Infrastruktur, die während 40 Jahren vernachlässigt wurde und auf die Beziehungen mit der Sowjetunion ausgerichtet ist.

Ungarn kritisiert die Forderungen des IWF als zu hart im Hinblick auf das Erfordernis der sozialen Stabilisierung, während die CFSR die vom IWF verlangte Politik als einzig richtige akzeptiert.

3. Bilaterale Gespräche

Im bilateralen Gespräch wird der deutschen Delegation das Memorandum über unsere positive Haltung zum EG-Vorschlag einer Verlängerung der Patentschutzfristen für Pharmazeutika übergeben.

Im bilateralen Gespräch mit Oesterreich weist Schlüssel auf seine Ueberlegungen für den Fall eines Scheiterns des EWR hin. Es wäre sinnvoll, das Erreichte bis zum Beitritt anfangs 95 oder wahrscheinlicher anfangs 96 zu sichern. Für Beitrittskandidaten sollte dies ohne institutionelle Probleme möglich sein.

5. Nächstes Dreiertreffen

Das nächste **Dreiertreffen** wird Ende August anfangs September 92 in der Schweiz stattfinden. Ueber den Beizug anderer Länder soll nächstes Jahr entschieden werden.

